

Gemeinde Malterdingen

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des Gemeinderates

am 7. Juni 2016 (Beginn 19:30 Uhr; Ende 21:35 Uhr)

im Bürgersaal des Rathauses Malterdingen

Vorsitzender: Bürgermeister Bußhardt

Zahl der anwesenden

Mitglieder: 9, ab 19:50 Uhr 10, ab 20:45 Uhr 11 (Normalzahl 13 Mitglieder)

Namen der nicht anwesenden Mitglieder:

Hildwein
Krumm (bis 20:45 Uhr)
R. Mundinger (bis 19:50 Uhr)
Schappacher

Schriftführer: Hauptamtsleiter Leonhardt

Sonstige Verhandlungsteilnehmer:

Städteplaner Dorer (zu TOP 2 und 3)
Architekt Schillinger (zu TOP 4)

Nach der Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom 30. Mai 2016 ordnungsgemäß eingeladen worden ist,
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am 2. Juni 2016 ortsüblich bekanntgemacht worden ist und
3. das Kollegium beschlussfähig ist, weil mindestens 7 Mitglieder anwesend sind.

Zur Beratung und Beschlussfassung kommen folgende

Tagesordnungspunkte:

1. Fragen und Anregungen der Zuhörer
2. Bebauungsplan "Kreuzfeld – 3. Änderung" im Vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB
 - Aufstellungsbeschluss
 - Billigung des Planentwurfs
 - Beschluss zur Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange
3. Bebauungsplan "Kleb – 1. Änderung" im Vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB
 - Aufstellungsbeschluss
4. Evangelischer Kindergarten "Sofie Roth"
 - Vergabe von Bauaufträgen
5. Anpassung der Elternbeiträge in Kindertagesstätten
6. Antrag auf Bezuschussung der Sanierungsmaßnahmen am Vereinsheim des Tennisclub Malterdingen e.V.
7. P+R-Fläche westlich des Bahnhofes Riegel-Malterdingen
 - Beseitigung des kontaminierten Erdreiches
8. Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates vom 15. März 2016, 5. April 2016, 26. April 2016 und 10. Mai 2016
9. Bekanntgabe von Beschlüssen der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung
10. Bekanntgaben, Verschiedenes
11. Fragen und Anregungen der Gemeinderäte

1. Fragen und Anregungen der Zuhörer

a) Baugebiet "Kleb"

Herr Jahn fragt nach, wieso man den zweiten Bauabschnitt für das Baugebiet "Kleb" nicht gleich mit geplant und erschlossen hat.

Bürgermeister Bußhardt erklärt, dass dies nicht aus Kostengründen erfolgt sei. Die Erschließung werde nun sogar rund 500.000 Euro günstiger als geplant. Es bestehe in Malterdingen ein großer Mangel an Miet- und Eigentumswohnungen. In den vergangenen Jahren habe man nur Einfamilien- und Doppelhäuser, nicht jedoch Geschosswohnhäuser geplant. Dies soll nun mit dem Baugebiet "Kleb II" nachgeholt werden. Die Gemeinde ist im Besitz der gesamten Fläche. Die erforderliche Erschließungsstraße wird gerade gebaut und ist bisher nur einseitig bebaut. Daher biete es sich an, die günstige Erschließungssituation zu nutzen. Natürliche Begrenzung nach Westen ist das Rückhaltebecken. Die nun zusätzlich überplante Wohnbaufläche wurde aus dem Regionalen Grünzug herausgenommen. Nun sei der Weg frei für das Baugebiet "Kleb II". Er rechnet mit einer Verfahrensdauer von rund zwei Jahren.

2. Bebauungsplan "Kreuzfeld – 3. Änderung" im Vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB

- **Aufstellungsbeschluss**
- **Billigung des Planentwurfs**
- **Beschluss zur Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange**

Bezüglich des Sachverhalts wird auf die Sitzungsvorlage 31/2016 ö verwiesen. Sie ist Bestandteil des Protokolls.

Zu diesem Tagesordnungspunkt nimmt Städteplaner Dorer vom Architekturbüro Allgayer an der Sitzung teil.

Zunächst erläutert Bürgermeister Bußhardt den Anlass der Planung. Auf einem gewerblichen Anwesen im Kreuzfeld soll eine private Kinderkrippe eingerichtet werden. Das Gebäude sei bestens geeignet. Nun gehe es darum, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Anschließend erläutert Städteplaner Dorer den Planentwurf und die darin enthaltenen Änderungen. In zwei bis drei Wochen könne mit der Offenlage begonnen werden.

Der Gemeinderat fasst folgenden **einstimmigen Beschluss**:

- a) Der Bebauungsplan "Kreuzfeld" in der derzeit geltenden Fassung der 2. Änderung wird im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB geändert. Mit der 3. Änderung soll für das Grundstück Flst.Nr. 6644/1 zusätzlich die ausnahmsweise zulässige Nutzung "Anlagen für soziale Zwecke" nach § 8 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO ermöglicht werden.
- b) Der Änderungsentwurf in der Fassung vom 7. Juni 2016 wird gebilligt.
- c) Von einer frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung wird gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 1 abgesehen.

Zur Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit wird eine Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführt. Die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden nach § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt.

3. Bebauungsplan "Kleb – 1. Änderung" im Vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB - Aufstellungsbeschluss

Bezüglich des Sachverhalts wird auf die Sitzungsvorlage 32/2016 ö verwiesen. Sie ist Bestandteil des Protokolls.

Zu diesem Tagesordnungspunkt nimmt Städteplaner Dorer vom Architekturbüro Allgayer an der Sitzung teil. Er erläutert den Sachverhalt. Die bisher auf maximal 950 m² beschränkte Verkaufsfläche für den geplanten Lebensmittelmarkt könnte nach dem Ergebnis der ergänzten Stellungnahme zum GMA-Gutachten auf maximal 1100 m² erhöht werden. In Abstimmung zwischen dem Regierungspräsidium Freiburg und dem Landratsamt Emmendingen wird von dort eine Erhöhung auf maximal 1050 m² in Aussicht gestellt.

Bürgermeister Bußhardt berichtet, dass in Merdingen ein Lebensmittelmarkt mit 1100 m² Verkaufsfläche genehmigt worden sei. Auch in Rheinhausen habe man 1200 m² genehmigt bekommen, obwohl im Ortsteil Oberhausen zusätzlich 600 m² Verkaufsfläche vorhanden sind. Daher habe er für Malterdingen eine Gleichbehandlung gefordert.

Gemeinderat Reiner Mundinger nimmt ab 19:50 Uhr an der Sitzung teil.

Weiter berichtet Bürgermeister Bußhardt, dass er mit der Betreiberin des EMMA Marktes gesprochen habe. Diese wolle den Markt weiter betreiben. Er erinnert daran, dass ein Discounter 3.000 Artikel anbiete, wohingegen ein Vollsortimenter 30.000 Artikel im Angebot habe. Es sei ein Erfolg, dass man nun relativ schnell zusätzliche 100 m² zugesagt bekomme habe. Das ergänzende Gutachten berücksichtige nach wie vor das Beeinträchtungsverbot sowohl innerorts als auch außerorts.

Auf Frage von Gemeinderat Schuh erklärt Bürgermeister Bußhardt, dass das Gutachten rund 1.300 Euro gekostet habe. Das Architekturbüro rechne die Kosten für die Planaufstellung nach Stunden ab.

Städteplaner Dorer ergänzt, dass es sich hier um ein vereinfachtes Bebauungsplanverfahren handelt. Man habe nur eine Anhörungsrunde. Daher sei dies relativ kostengünstig. Bereits in der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28. Juni 2016 können die Planung gebilligt und die Offenlage beschlossen werden.

Der Gemeinderat fasst bei **9 Ja-Stimmen** und **1 Gegenstimme** folgenden **mehrheitlichen Beschluss**:

Der Bebauungsplan "Kleb" wird im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB geändert. Mit der 1. Änderung soll eine Erhöhung der zulässigen Verkaufsfläche für den auf dem Grundstück Flst.Nr. 5653/1 geplanten Lebensmittelmarkt ermöglicht werden.

4. Evangelischer Kindergarten "Sofie Roth"

- Vergabe von Bauaufträgen

Gemeinderat Reiner Mundinger ist zu diesem Tagesordnungspunkt bezüglich der Erd- und Rohbauarbeiten als Mitinhaber einer anbietenden Firma befangen. Er nimmt daher im Zuhörerraum Platz.

Zu diesem Tagesordnungspunkt nimmt Architekt Schillinger an der Sitzung teil. Bezüglich des Sachverhalts, der von ihm erläutert wird, wird auf die Sitzungsvorlage 33/2016 ö verwiesen. Sie ist Bestandteil des Protokolls.

Gemeinderätin Schillinger fragt nach dem zeitlichen Ablauf.

Hierzu berichtet Architekt Schillinger, dass am 12. Juli 2016 der Ortstermin zur Baustelleneinrichtung stattfindet. Eventuell könne mit den Erdarbeiten noch vor den Bauferien begonnen werden. Ab 22. August 2016 beginnt dann die eigentliche Baumaßnahme. Ziel sei es, noch vor dem Winter das Gebäude einzudecken.

Gemeinderat Sahl berichtet, dass sich bei ihm zwei Firmen beschwert hätten, dass sie Ausschreibungen zu kurzfristig veröffentlicht worden seien.

Hierzu erklärt Bürgermeister Bußhardt, dass die Ausschreibungen für den Kindergarten hiervon nicht betroffen gewesen seien. Dieses Thema sollte gesondert besprochen werden.

Gemeinderat Hirzel ist von dem Elternbeirat bereits auf die Planung des Außengeländes angesprochen worden. Er fragt hier nach der zeitlichen Abfolge.

Bürgermeister Bußhardt erklärt hierzu, dass es möglich sei, den Spielbereich um 900 m² nach Süden zu erweitern. Die Gemeinde habe eine entsprechende Fläche hinzu erworben. Wegen der Gestaltung der Spielfläche seien noch Gespräche mit dem Träger erforderlich. Der Elternbeirat des Kindergartens könne sich gerne einbringen. Dies sollte jedoch mit dem Träger abgestimmt werden. Als realistischen Planungszeitraum für die Spielflächen nennt er das Frühjahr 2017.

Gemeinderat Schuh fragt nach dem Zeitplan für den zusätzlichen Parkplatz.

Hierzu müssten, so Bürgermeister Bußhardt, erst die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Die vorgesehene Parkplatzfläche befinde sich derzeit noch im Außenbereich. Erst wenn der Bebauungsplan Saiberg-Specken neu gefasst ist, könne der Parkplatz realisiert werden.

Der Gemeinderat fasst bei **8 Ja-Stimmen** und **1 Enthaltung** folgenden **mehrheitlichen Beschluss**:

Die Erd- und Rohbauarbeiten werden an die günstigste Bieterin die Firma Mundinger aus Malterdingen zum Angebotspreis von 229.304,11 Euro vergeben.

Anschließend nimmt Gemeinderat Reiner Mundinger wieder an der Sitzung teil.

Der Gemeinderat fasst daraufhin bei **9 Ja-Stimmen** und **1 Nein-Stimmen** folgende **weitere Beschlüsse**:

Die Zimmerarbeiten werden an die günstigste Bieterin, die Firma Engler aus Malterdingen, zum Angebotspreis von 60.558,97 Euro vergeben.

Die Gerüstbauarbeiten werden an die günstigste Bieterin, die Firma Zipse aus Malterdingen, zum Angebotspreis von 3.264,17 Euro vergeben.

5. Anpassung der Elternbeiträge in Kindertagesstätten

Bereits am 12. April 2011 hat der Gemeinderat beschlossen, sich den Gemeinsamen Empfehlungen der Kirchen und Kommunalen Landesverbänden zur Festsetzung der Elternbeiträge für die Kindergartenjahre 2011/2012 und 2012/2013 anzuschließen und bei den Beitragssätzen eine Erhebung in zwölf Monatsraten zugrunde zu legen. Zudem wurde beschlossen, bei künftigen Neufestsetzungen der Gemeinsamen Empfehlungen die dort empfohlenen Elternbeiträge zu übernehmen und die Zuschläge für VÖ-Gruppen, Ganztagsgruppen sowie für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren entsprechend anzupassen.

Die folgenden Fortschreibungen der Gemeinsamen Empfehlungen wurden entsprechend an die einzelnen Träger zur Umsetzung weitergeleitet. In den Betriebsvereinbarungen mit den jeweiligen Trägern wurde dies ebenfalls vereinbart.

Die Vertreter des Gemeindetags, Städtetags (KLV) und der Kirchenleitungen sowie der kirchlichen Fachverbände in Baden-Württemberg (4KK) haben nun in gegenseitigem Einvernehmen die Elternbeitragsempfehlungen für die Kindergartenjahre 2015/2016 und 2016/2017 mit folgender Begründung ergänzt:

Am 04.12.2014 haben die 4KK und die KLV eine Erhöhung der Elternbeiträge um jeweils 3 % für die Kindergartenjahre 2015/2016 und 2016/2017 beschlossen. Dabei lag die Verabredung zu Grunde, einen Kostendeckungsgrad von 20 % anzustreben. Diese grundsätzliche Beschlussfassung wird nicht in Abrede gestellt.

Der Tarifabschluss Ende des Jahres 2015 brachte für das Personal der Kinderbetreuungseinrichtungen teilweise erhebliche Verbesserungen insbesondere bei der Eingruppierung. Das Ziel, eine Kostendeckung

Gemeinderat Sahl spricht sich gegen eine Umlegung der gestiegenen Kosten auf die Eltern aus.

Gemeinderat Pfister entgegnet, dass man die Erhöhung wie vorgeschlagen mit gutem Gewissen beschließen könne. Der Kindergarten genieße bei den Eltern einen guten Ruf und sei es Wert.

Der Gemeinderat fasst bei **9 Ja-Stimmen** und **1 Enthaltung** folgenden **mehrheitlichen Beschluss**:

Die Gemeinde Malterdingen empfiehlt den Trägern der Malterdinger Kindertagesstätten die weitere Anpassung der Elternbeiträge zum Kindergartenjahr 2016/2017 um einen Zwischenschritt in Höhe

von 3 % gemäß den Gemeinsamen Empfehlungen der Kirchen und der Kommunalen Landesverbände nochmals zu erhöhen.

6. Antrag auf Bezuschussung der Sanierungsmaßnahmen am Vereinsheim des Tennisclub Malterdingen e.V.

Bezüglich des Sachverhaltes wird auf die Sitzungsvorlage 35/2016 ö verwiesen. Sie ist Bestandteil des Protokolls.

Gemeinderat Hirzel fragt, warum der Antrag so spät eingereicht wurde. Er habe grundsätzlich nichts gegen eine Förderung. Ein Zuschussantrag soll jedoch vor Beginn der Maßnahme vorgelegt werden.

Bürgermeister Bußhardt entgegnet, dass es sich um keine große Summe handelt. Daher schlage er vor, den beantragten Zuschuss dennoch schon in diesem Jahr auszuzahlen und nicht bis zum nächsten Haushaltsjahr abzuwarten.

Auch Gemeinderat Pfister hat grundsätzlich nichts gegen die Zahlung des beantragten Zuschusses. Aber für die Zukunft sollte man den Antragstellern mitgeben, dass künftige Förderungen nur noch gewährt werden, wenn diese im Vorfeld beantragt wurden. Daher spricht er sich zwar für die beantragte Förderung aus, diese soll jedoch erst im nächsten Jahr ausgezahlt werden.

Bürgermeister Bußhardt schlägt dagegen vor, den beantragten Zuschuss jetzt auszuzahlen und die Vereine anschließend schriftlich zu informieren, dass künftige Förderungen nur noch bei vorheriger Beantragung gewährt würden.

Gemeinderat Reiner Mundinger schließt sich den Worten von Gemeinderat Pfister an. Bei der nächsten Kulturausschusssitzung sollte auf dieses Thema mit Nachdruck hingewiesen werden. In Anbetracht dessen, dass der Tennisclub nun für das Jubiläum 15 Helfer stellen wird, sollte der Zuschuss jedoch jetzt gleich ausgezahlt werden.

Der Gemeinderat fasst bei **6 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen und 2 Nein-Stimmen** folgenden **mehrheitlichen Beschluss**:

Der Tennisclub Malterdingen e.V. erhält einen Zuschuss in Höhe von 15 % der Investitionssumme, also 9.223,92 Euro.

7. P+R-Fläche westlich des Bahnhofes Riegel-Malterdingen
- Beseitigung des kontaminierten Erdreiches

Bezüglich des Sachverhalts wird auf die Sitzungsvorlage 36/2016 ö verwiesen. Sie ist Bestandteil des Protokolls.

Nach kurzer Diskussion fasst der Gemeinderat folgenden **einstimmigen Beschluss**:

Die Gemeinde Malterdingen beschließt die Sanierung und stellt die erforderlichen Mitteln außerplanmäßig bereit.

8. Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates vom 15. März 2016, 5. April 2016, 26. April 2016 und 10. Mai 2016

Die Gemeinderäte haben die genannten Protokolle in Kopie mit der Sitzungseinladung erhalten. Nachdem keine Einwendungen erhoben werden, gelten die Protokolle als genehmigt.

9. Bekanntgabe von Beschlüssen der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung

a) Hallenvergabe Narrenzunft "Käppeli-Baschi" Malterdingen e.V.

Der Narrenzunft "Käppeli-Baschi" wird die Halle von Donnerstag, 12. Januar 2017 bis Montag, 16. Januar 2017 für einen Brauchtumsabend (Samstag) und Umzug (Sonntag) überlassen. Der Veranstalter hat bei beiden Veranstaltungen für einen entsprechenden Schutz des Hallenbodens zu sorgen. Vom Rauchverbot in der Halle wird keine Ausnahme zugelassen.

b) Landessanierungsprogramm Malterdingen "Ortsmitte-West"

- Förderung Flst.Nr. 49, Schmiedstraße

Der Grundstückseigentümerin wird für die umfassende Modernisierung der Bausubstanz Schmiedstraße 12 ein **maximaler Kostenerstattungsbetrag in Höhe von 20.000,00 €** gewährt. Hiervon sind 40 v.H. = 8.000,00 € von der Gemeinde und 60 v.H. = 12.000,00 € vom Land Baden-Württemberg bereit zu stellen.

c) Baugebiet Kleb

- Vergabe der restlichen Bauplätze

Die Bauplätze Flst.Nr. 5653/11 und 5653/12 werden an Frau Sandra Müller vergeben. Der Bauplatz Flst.Nr. 5653/8 wird an Familie Braun vergeben. Der Bauplatz Flst.Nr. 5653/7 wird an Familie Liske vergeben. Der Bauplatz Flst.Nr. 5653/6 wird an Familie Pfeifer vergeben.

10. Bekanntgaben, Verschiedenes

a) Busverbindungen nach Malterdingen

Wegen der durch die Baustelle an der L113 eingeschränkten Busverbindung der Linie 7200 in den Ort, hat Bürgermeister Bußhardt über das Landratsamt Emmendingen bei der SBG ein Angebot für einen Ersatzbus angefordert. Dies liege allerdings noch nicht vor und werde erst für nächste Woche erwartet. Daher wolle er dieses Thema in der nächsten Sitzung noch einmal behandeln.

Gemeinderätin Grafmüller berichtet, dass sie von mehreren Patienten auf die Situation angesprochen worden sei. Sie habe die Idee, eine sogenannte Mitfahrerbank einzurichten. Dort könne man durch ein Klappschild signalisieren, wohin man fahren möchte. Vorbeikommende PKW-Fahrer könnten, die Person dann entsprechend mitnehmen. Dies funktioniere in anderen Bundesländer bereits recht gut.

Gemeinderätin Krumm nimmt ab 20:45 Uhr an der Sitzung teil.

b) Bürgerbus

Bürgermeister Bußhardt weist auf die den Gemeinderäten per E-Mail bereits zugesandte Broschüre des Verkehrsministeriums hin. Zum einen gehe es darum, Bürger im Ort, die nicht in unmittelbarer Nähe einer Bushaltestelle wohnen (zum Beispiel: Saiberg oder Neubaugebiete Aulal und Talmweg), an das öffentliche Verkehrsnetz anzubinden. Ein weiterer Punkt sei es, die Kinder der im Gewerbegebiet untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge täglich in den Kindergarten oder die Schule zu fahren und von dort auch wieder abzuholen. Die Gemeinde habe eine gewisse soziale Verpflichtung gegenüber diesen Personen, den Kindergarten- und Schulbesuch zu ermöglichen. Dies sei wichtig für die Integration, besonders Kinder lernen dadurch am schnellsten Deutsch. Er könnte sich vorstellen, dass der Bürgerbus morgens vor Schulbeginn für die Kindergarten- und Schulkinder fährt. Anschließend könnte er dann bis gegen 12:00 Uhr als Anrufsammeltaxi genutzt werden. Dann wäre wieder die Kindergarten- und Schulfahrt angesagt. Bei dem ehrenamtlich tätigen Fahrer könnte ein Mobiltelefon deponiert werden, über das er angefordert werden kann. Für jede Fahrt könnte eine Kostenbeteiligung von rund 1,00 Euro gefordert werden. Man habe insbesondere die Senioren bisher vernachlässigt. Er schlage deshalb vor, einen passenden VW-Bus zu kaufen und ehrenamtliche Fahrer zu suchen. Die Frage sei nun, ob die Gemeinde ein solches Angebot schaffen wolle.

Gemeinderat Fritz Mundinger weist darauf hin dass Personbeförderung erlaubnispflichtig ist.

Für Gemeinderätin Schillinger ist der Bürgerbus kein neues Thema. Man habe es auch schon bei LENA angesprochen. Vor einer Entscheidung im Gemeinderat müssten noch einige offene Fragen geklärt werden. Sie plädiert dafür, LENA mit ins Boot zu nehmen und zu versuchen ein Angebot für jung und alt zu schaffen. Voraussetzung sei ein vernünftiges Konzept. Man dürfe jetzt nicht einfach einen Bus kaufen. Zudem bittet Sie, den Gemeinderat früher in solche Überlegungen einzubinden und nicht so kurzfristig unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes zu behandeln.

Die Einrichtung eines Bürgerbusses hält Gemeinderat Pfister für keine schlechte Idee. Allerdings hätte er gewünscht, dass diese Idee von LENA und dann auch mit einem fertigen Konzept komme. Dass bereits Sponsoren gefunden worden sind, die dieses Projekt unterstützen wollen, sei gut und in Ordnung.

Gemeinderat Hirzel befürwortet diese Idee ebenfalls. Wie seine Vorredner vermisst er allerdings auch ein Konzept. Zudem müssten Folgekosten berücksichtigt werden. Abgesehen von der Erfordernis zur Beförderung der Flüchtlingskinder müsse man ermitteln, wie der Bedarf im Dorf zu welche Zeiten aussehe. Für diesen festgestellten Bedarf müsse man dann einen passenden Fahrer finden.

Auch Gemeinderätin Grafmüller sieht die Wichtigkeit eines Konzeptes. Ohne diese würde sonst jeder Nutzer andere Wünsche äußern.

Gemeinderat Sahl sieht die Erforderlichkeit für ältere Leute ein, nicht jedoch für Flüchtlinge. Man dürfe deren Faulheit nicht unterstützen.

Bürgermeister Bußhardt entgegnet, er habe zuvor dargestellt, warum es sinnvoll sei, diesen Personenkreis zu unterstützen.

Gemeinderätin Zipse gibt Gemeinderat Sahl recht. Die Flüchtlinge sollten auch lernen, dass sie ihre Kinder entsprechend versorgen müssen, bevor sie zum Beispiel zum Sprachkurs gehen. Bei älteren Menschen verweist sie auch auf die mögliche Nachbarschaftshilfe. Ein ordentliches Konzept für den Bürgerbus sei wichtig, da sonst auch andere Eltern ihre Schulkinder befördert haben wollen.

Gemeinderat Hirzel erklärt, dass er nun zwar keine Integrationsdebatte beginnen wolle, es aber wichtig sei, dass Flüchtlingskinder in der Kindergarten kommen.

Bürgermeister Bußhardt fasst zusammen, dass eine große Mehrheit des Gemeinderates den Vorschlag zur Einführung eines Bürgerbusses für so wichtig erachtet, dass dieses Thema grundsätzlich weiter verfolgt werden soll. In Zusammenarbeit mit der Einrichtung LENA soll nun ein Konzept erarbeitet werden. Voraussichtlich werde man dieses Thema nach der Sommerpause wieder im Gemeinderat beraten.

c) Errichtung eines Gartenhäuschens am Saiberg

Bürgermeister Bußhardt berichtet über die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes Mannheim wonach die Klage der Bauherren gegen die Nichtzulassung eines Gartenhäuschens an der Grundstücksgrenze wegen Abweichen von den Bebauungsvorschriften abgewiesen wurde. Zudem müssen die Kläger die Kosten des Verfahrens in beiden Rechtszüge einschließlich der außergerichtlichen Kosten der Beigeladenen als Gesamtschuldner tragen. Eine Revision gegen dieses Urteil sei nicht zugelassen worden.

11. Fragen und Anregungen der Gemeinderäte

a) Sperrung der Kittelgasse

Gemeinderätin Zipse erkundigt sich, wieso die Kittelgasse immer noch gesperrt sei, obwohl der für die Errichtung eines Wohnhauses aufgestellte Kran zwischenzeitlich wieder entfernt worden sei.

Bürgermeister Bußhardt berichtet hierzu, dass vor wenigen Tagen eine Verlängerung der Straßensperrung beantragt worden ist.

Gemeinderat Schuh ergänzt, dass das Dach noch errichtet werden soll. Solange bleibe die Straße zur Aufstellung eines weiteren Kranes sicher gesperrt.

b) Öffentliche Toilette im Rathaus

Gemeinderat Hirzel ist darauf angesprochen worden, dass insbesondere Sonntagvormittags die Toilette im Rathaushof in einem verheerenden Zustand sei. Er fragt, ob man mit den Verantwortlichen des Jugendraumes ein entsprechendes Gespräch führen könne. Es sollte eine Lösung gefunden werden.

Bürgermeister Bußhardt bestätigt, dass dieses Thema die Verwaltung das ganze Jahr beschäftige. Bedingt durch das Nutzerverhalten können die Verantwortlichen des Jugendraumes diese Angelegenheit jedoch nur schwer in den Griff bekommen.

c) Landwirtschaftliche Wege

Gemeinderat Mundinger weist darauf hin, dass verschiedene landwirtschaftliche Wege und deren Bankette wegen der Benutzung mit übergroßen Fahrzeugen, wie zum Beispiel Busse und Traktoren, beschädigt werden.

Bürgermeister Bußhardt bestätigt, dass zum Beispiel die Spargelbauern ihre Helfer mit alten Linienbussen auf landwirtschaftlichen Wegen zu den betreffenden Grundstücken fahren. Er habe eine entsprechende Anfrage an das Straßenverkehrsamt des Landratsamtes Emmendingen gerichtet, ob die landwirtschaftlichen Wegen mit Bussen befahren werden dürfen. Falls hierfür eine Sondernutzungserlaubnis benötigt würde, müssten entsprechende Regelungen getroffen werden. Er hält dies für ein ernstzunehmendes Thema. Sobald eine Antwort auf seine Anfrage vorliege, werde er den Gemeinderat wieder informieren.

Ausgefertigt, Malterdingen, den _____

Bußhardt, Bürgermeister

Leonhardt, Schriftführer

Gemeinderat

Gemeinderat